

Übersichten

September 2002

Außenpolitik

1 Chinesisch-amerikanische Annäherung im UNO-Rahmen

Einen politischen Erfolg konnte die Volksrepublik China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen feiern. Nachdem die USA schon zuvor auf die entsprechenden chinesischen Wünsche eingegangen waren, wurde die von der chinesischen Regierung des Terrorismus und Separatismus beschuldigte Organisation East Turkestan Islamic Movement nun Mitte September auch in die Liste der terroristischen Organisationen des Sicherheitsrats aufgenommen. Mit diesem Schritt verbundene Maßnahmen gegen die Organisation, die für eine Abtrennung Xinjiangs von China eintritt und der Attentate und Sprengstoffanschläge zugeschrieben werden, beinhalten das Einfrieren aller Bankguthaben der Gruppierung in allen 190 Mitgliedsstaaten der UNO sowie die Verweigerung des Grenzübertritts für Angehörige der Bewegung.

Recht deutlich drückte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums

Kong Quan das Zustandekommen dieser Sicherheitsratsentscheidung aus, als er diesen Schritt als direktes positives Ergebnis der Zusammenarbeit Chinas mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern im internationalen Kampf gegen den Terrorismus darstellte. Die Brandmarkung der East Turkestan Islamic Movement als terroristische Vereinigung ausgerechnet im Rahmen der Sicherheitsratssitzung zum Gedenken an den 11. September 2001 nahm China mit großer Genugtuung auf. Aus der Einschätzung des chinesischen Außenministeriums, dass dies als Zeichen einer deutlichen Entspannung zwischen „den großen Staaten“ anzusehen sei, spricht jedoch zuallererst diplomatische Höflichkeit. Zwar hatte der amerikanische Botschafter Randt zum selben Anlass in Beijing erklärt, China sei kein Feind der USA. Doch daraus sowie aus der Tatsache, dass ein amerikanischer Präsident in beispielloser Weise in kurzer Zeitspanne nach seiner Amtsübernahme bereits zweimal China besucht habe, eine Überwindung der konfligierenden Interessen zwischen China und den USA schlussfolgern zu wollen, wie dies die Stellungnahme Kongs suggeriert, wäre ziemlich verfrüht.

Sichtlich um die Herstellung einer freundlichen Atmosphäre bemüht war man auch während des Treffens des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan mit seinem amerikanischen Amtskollegen Powell am Rande der 57. Vollversammlung der Vereinten Nationen nur wenige Tage später. Tang führte aus, wie wichtig es sei, dass die politischen Führer einen intensiven Meinungs austausch pflegten. Zugleich unterstrich Tang im Gespräch jedoch auch die Hoffnung der Volksrepublik China, die US-Regierung möge ihren Verkauf moderner Waffen an Taiwan einstellen und von jedem Schritt Abstand nehmen, der als Aufwertung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan zu interpretieren sei. Neben wiederholten amerikanischen Äußerungen zur Unterstützung Taiwans war die chinesische Regierung aktuell über eine von wenigen kleinen Staaten getragenen Initiative zur Aufnahme Taiwans in die Vereinten Nationen verärgert. (ZTS, 12.9.02, nach BBC PF, 13.9.02; Xinhua, 14.9.02, nach BBC PF, 15.9.02) -kg-

2 Erneut Nordkoreaner in deutschen Einrichtungen

Am 2. September überwandten 15 Nordkoreaner in einer gut vorbereiteten Aktion eine Mauer und gelangten so auf das Gelände der deutschen Botschaftsschule in Beijing. Dort harrten sie für mehrere Tage aus, während deutsche und chinesische Vertreter hinter verschlossenen Türen über eine Lösung dieses Problems verhandelten. Bis zur Einigung über die von den Nordkoreanern geforderte Ausreise nach Südkorea, die ihnen schließlich über einen Drittstaat ermöglicht wurde, blieb der Status des deutschen Schulgeländes zwischen der chinesischen und der deutschen Seite umstritten. Während die chinesische Regierung darauf beharrte, bei dem Schulgelände handle es sich nicht um exterritoriales Gebiet, äußerte sich die deutsche Botschaft öffentlich nicht zu dieser Frage.

Letztlich wurde eine Ausreise möglich, nachdem die deutsche Seite einer Feststellung der Personalien der Nordkoreaner durch chinesische Behörden zugestimmt hatte. Die chinesische Seite habe sich bei der Suche nach einer Lösung sehr kooperativ gezeigt, hieß es später von Seiten der deutschen Botschaft. Die Nordkoreaner konnten einige Tage später gemeinsam mit weiteren Landsleuten, die sich noch in der südkoreanischen Botschaft aufgehalten hatten, aus China ausreisen, während nach südkoreanischen Angaben zu diesem Zeitpunkt noch mindestens weitere 24 Personen auf eine Ausreisemöglichkeit warteten.

Die Flucht in die deutsche Schule war logistisch gut vorbereitet worden. Ohne die Hilfe von südkoreanischen und internationalen Aktivisten wären die spektakulären Fluchtaktionen nicht möglich. So bekannte auch der deutsche Nordkorea-Aktivist Norbert Vollertsen, er habe die Schule als Ziel ausgewählt. In der Zwischenzeit regt sich allerdings auch zunehmend Kritik am Vorgehen der so genannten Unterstützergruppen, da man zunehmend den Eindruck gewinnen kann, das medial inszenierte politische Aufsehen stehe bei den letzten derartigen Fluchtaktionen auf Kosten der beteiligten Nordkoreaner im Vordergrund.

Mehr als zwölf Nordkoreaner hatten beispielsweise bereits vor der Gruppe, die in die deutsche Schule eindrang, versucht, in das Botschaftswohnviertel einzudringen. Die Gruppe hatte versucht, ein Tor zu durchbrechen, wahrscheinlich um ein Gebäude zu erreichen, in dem sich die Botschaften von Peru, Ekuador und Kroatien sowie weitere Büros und Residenzen befinden. Allerdings waren offensichtlich sowohl die Beijinger Sicherheitsbehörden als auch Pressevertreter vorab informiert worden. So erhielt denn auch die internationale Öffentlichkeit die von den Unterstützern erwünschten Bilder von der Brutalität der chinesischen Sicherheitskräfte, die die nordkoreanischen Flüchtlinge teils mit großer Gewalt daran hinderten, auf exterritoriales Gelände vorzudringen. (IHT, 3.9., 4.9., 12.9.02; NZZ, 4.9., 5.9., 6.9.02; HB, 3.9., 6.9.02; AFP, 5.9.02, nach FBIS, 6.9.02) -kg-

3 China sucht engere politische Partnerschaft mit Europa

Angesichts der aus chinesischer Sicht als ungünstig empfundenen Veränderung der Weltlage sucht die chinesische Regierung weltweit Koalitionäre, mit denen ein Ausgleich zur Übermacht und politischen Dominanz der USA geschaffen werden kann. China sieht sein Projekt Multipolarität auf der Strecke bleiben. Auch die EU und deren einzelne Mitgliedsstaaten werden verstärkt umworben. Dies zeigte sich in den Stellungnahmen der chinesischen Seite im Rahmen des ASEM-Treffens und des in diesem Zusammenhang stattfindenden fünften China-EU-Gipfeltreffens Ende September in Kopenhagen.

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji umwarb auf dem ASEM-Treffen die asiatischen Partnerländer, als er an diese appellierte, verstärkt nach politischem Konsens zu streben, und eine engere Zusammenarbeit untereinander und mit den europäischen Nationen zu pflegen. Der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan betonte im selben Sinne auf dem Gipfeltreffen, nach dem 11. September 2001 sei es umso notwendiger und nützlicher für China und die Europäische Union, Kontakte und Dialog auszuweiten und den Meinungs austausch zu bilate-

ralen, regionalen und globalen Fragen zu vertiefen.

Während sich die chinesische Seite mit der Entwicklung des bilateralen Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und der EU allgemein zufrieden zeigte, wünschte man sich in Beijing andererseits ausdrücklich eine Ausweitung des Dialogs in Sicherheitsfragen. EU-Vertreter begrüßten dies grundsätzlich, ihre Stellungnahmen verraten jedoch eine andere inhaltliche Agenda. Wirtschaftsbeziehungen, Umweltschutz, die Bekämpfung illegaler Migration und Menschenrechte stehen hier im Vordergrund.

In einer gemeinsamen Erklärung für die Presse wurde eine Intensivierung des Austauschs auf all diesen Themenfeldern angekündigt. Auf dem Gebiet der so genannten transnationalen Herausforderungen, denen man sich gemeinsam stellen wolle, genießt – offensichtlich auf Druck der EU – die Zusammenarbeit im Kampf gegen illegale Migration und Menschenhandel große Priorität. Beide Seiten versicherten einander ihres Willens zu intensivierter Zusammenarbeit. Die Kooperation zwischen den nachgeordneten Behörden beider Seiten in dieser Problematik sei ermutigend, so das offizielle Dokument.

Ganz oben auf der europäischen Agenda steht hierbei das Ziel eines gegenseitigen Rückführungsabkommens, in dem sich China zur Rückführung illegal in die Staaten der EU eingereister chinesischer Staatsbürger verpflichten soll. Ob die chinesischen Ambitionen hinsichtlich einer Einbindung der EU-Staaten in seine Politik gegenüber den USA so weit geht, dass hier signifikante Zugeständnisse zu erwarten sind, darf allerdings bezweifelt werden.

Hinzu kommt auf chinesischer Seite die schwierige Frage der lokalen Durchsetzung nationaler Politik. Der Zentralregierung darf angesichts der jüngsten Erfahrungen mit illegalen nordkoreanischen Migranten in China wohl durchaus guter Wille in der Frage der illegalen Migration unterstellt werden. Am Zuge wären aber Gemeinden und Provinzen mit anderer Interessenlage, wenn es um die Identifikation und die Repatriierung von Migranten geht. Von deutlich höheren Zahlen illegaler Zuwanderer betroffene Län-

der wie Japan, Taiwan oder Singapur machten bisher wenig gute Erfahrungen bei der praktischen Durchführung der Repatriierung.

Das fehlende Repatriierungsabkommen stellt bislang auch eine Hürde für die Ambitionen der europäischen Länder dar, sich stärker als touristische Ziele auf dem wachsenden Markt des chinesischen Auslandstourismus zu positionieren. So strebt nach Deutschland auch die EU insgesamt den Approved Destination Status an, der von chinesischer Seite erst offiziell Gruppentourismus nach Europa ermöglicht. Beide Seiten kamen in Kopenhagen darin überein, die Verhandlungen darüber zu beschleunigen. Nach EU-Vorstellungen müssten Bestimmungen zur geregelten Rückführung von illegal verbleibenden chinesischen Touristen jedoch Bestandteil jeder möglichen Vereinbarung sein. (XNA, 24.9., 26.9.02; Xinhua, 13.9.02, nach BBC PF, 14.9.02; ZXS, 17.9.02, nach BBC PF, 19.9.02) -kg-

4 Sicherheitskooperation mit Zentralasien

China bemüht sich weiter darum, seinen Einfluss in den zentralasiatischen Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organisation wiederzugewinnen. In erster Linie geschieht dies derzeit durch Militärdelegationen, die im September Kirgistan und Tadschikistan bereisten und Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit ausloteten.

Mit Kirgistan wurde eine gemeinsame Militärübung vereinbart, die Mitte Oktober stattfand. Im Rahmen der Kooperation in der SCO war dies die erste gemeinsame Anti-Terror-Übung zwischen Mitgliedsstaaten der Organisation. Das dieses erste Manöver gemeinsam mit Kirgistan durchgeführt wurde, kam nicht von ungefähr. Zum einen waren die bilateralen Beziehungen in letzter Zeit durch den Mord an einem chinesischen Diplomaten belastet worden. Während China den Anschlag im Zusammenhang mit separatistischen Aktivisten sah, betonte die kirgisische Regierung die Abwesenheit politischer Motive bei diesem Mord.

Hinzu kommt Beijings Verärgerung darüber, dass die kirgisische Hauptstadt Bishkek, die zum Sitz des Anti-Terror-Zentrums der SCO auserko-

ren worden war, zur Drehscheibe der amerikanischen Luftwaffe im Rahmen ihrer Operationen in Afghanistan wurde. Internationale Beobachter gehen daher davon aus, dass gemeinsame Manöver und finanzielle und materielle Unterstützung des Militärs dazu dienen soll, die zentralasiatischen Staaten wieder enger an China zu binden. Aber auch gegensätzliche Stimmen wurden laut, die davon ausgehen, dass es gerade die zentralasiatischen Staaten Kirgistan und Kasachstan (Manöver sind für Anfang 2003 geplant) sind, die durch die Ausrichtung gemeinsamer Militärmanöver mit China einerseits ihren guten Willen gegenüber Beijing signalisieren, ohne sich jedoch politisch und insbesondere gegen die vor Ort sehr präsenten USA einbinden lassen zu müssen.

Die chinesische Strategie dürfte über kurzfristige militärische Übungen und Geschenke wie 20 Jeeps für das kirgisische Innenministerium oder die Fortbildung von Offizieren hinausgehen. Ein sowohl militärstrategisch als auch wirtschaftlich wichtiges Element der Beijinger Pläne dürfte dabei zweifelsohne die Idee einer Eisenbahnverbindung von China durch Kirgistan nach Usbekistan darstellen. Die Regierungen Kirgistans und Chinas hatten sich im Juni darauf verständigt, zunächst die Machbarkeit zu prüfen. Ende September reisten die ersten chinesischen Experten nach Kirgistan, um auf chinesische Kosten eine derartige Studie zu beginnen. Wie groß jedoch das Misstrauen auf der kirgisischen Seite gegen den übermächtigen Nachbarn ist, zeigt sich darin, dass die Expertendelegation Kartenmaterial ohne numerische Informationen nur für einen 1 km breiten Streifen entlang der geplanten Trasse vorgelegt bekommen. (Xinhua, 12.9.02, nach BBC PF, 14.9.02; ST, 17.9.02; AKIpress online, 20.9.02, nach BBC PF, 22.9.02; Kazakh Commercial TV, 25.9.02, nach BBC PF, 26.9.02; AKIpress online, 27.9.02, nach BBC PF, 29.9.02; FT, 15.10.02) -kg-

5 China und die Irak-Frage

Während man viel von den Standpunkten der USA, Großbritanniens und Frankreichs zur Frage der Wiederaufnahme der Rüstungskontrolle im

Irak hört, sind Stellungnahmen und klare Positionen aus Beijing in dieser Sache Mangelware. China ist zumindest in der Öffentlichkeit kaum an einer Suche nach einem Kompromiss zwischen amerikanischen Angriffsplänen und der kontinentaleuropäischen Ablehnung einer derartigen Eskalation beteiligt.

Die Volksrepublik setzt hier offensichtlich aus einem Gefühl heraus, in dieser Sache kaum etwas gewinnen zu können, auf Zurückhaltung, offen halten der Position und stille Diplomatie. So zogen sich chinesische Regierungsvertreter im September immer wieder darauf zurück, man wünsche eine diplomatische Lösung des Problems und hoffe andererseits, der Irak möge seinen Verpflichtungen aus den bislang geltenden UN-Resolutionen uneingeschränkt nachkommen. Dies habe man dem kürzlich zu einem Besuch in China weilenden irakischen Außenminister auch so mitgeteilt. Darüber hinaus war die eindeutige Nachricht an den Irak aus China die grundsätzliche Ablehnung des Einsatzes von Gewalt.

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Qian Qichen wird mit den Worten zitiert, dass der Irak zur Kooperation mit den Kontrolleuren der UNO zurückkehren müsse, andererseits aber auch die irakischen Befürchtungen hinsichtlich der Eingriffe in seine Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit ernst genommen und respektiert werden müssten. Im UNO-Sicherheitsrat opponiert Beijing daher gegen eine Intervention und begrüßte die vom Irak in der zweiten Septemberhälfte ausgesendeten Signale für eine Wiederaufnahme der Kooperation mit der UNO.

Eine militärische Intervention im Irak würde den geopolitischen und den wirtschaftlichen Interessen Chinas zuwider laufen. Die chinesische Regierung befürchtet, in diesem Falle von den irakischen Ölvorkommen abgeschnitten zu werden. Die chinesischen Medien werfen denn auch den Vereinigten Staaten vor, diese seien in erster Linie an der Sicherung des irakischen Erdöls für die eigene Wirtschaft interessiert und nicht an der Stabilität in der Region. Mit einem von den Vereinigten Staaten angeführten Krieg gegen den Irak, so befürchtet man in China, könnten sich die USA

nach Zentralasien in einer weiteren für China aufgrund ihrer erheblichen Vorkommen an fossilen Brennstoffen wichtigen Region auf Dauer festsetzen.

Auch wird befürchtet, mit einer Intervention könnte es zu einer wesentlich weiter reichenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Region und damit zu einer weiteren Expansion des US-Hegemonismus kommen. Auf der anderen Seite kann sich die chinesische Regierung auch nicht einer – wie auch immer gearteten – Lösung im UN-Sicherheitsrat verweigern, will sie nicht eine erneute Verschlechterung ihres Verhältnisses zu den USA riskieren. Der Handel um eine konsensfähige Vorgehensweise geht hinter den Kulissen weiter. Die Anerkennung der von China bekämpften East Turkestan Islamic Movement als terroristische Vereinigung durch die USA und nun auch durch den Weltsicherheitsrat muss in diesem Zusammenhang wohl eindeutig als eine Vorleistung der Vereinigten Staaten für eine kooperative Haltung Chinas in der Irak-Frage gesehen werden. (XNA, 18.9., 20.9.02; NZZ, 9.9., 28./29.9.02; WSJ, 19.9.02; ZXS, 3.9.02, nach BBC PF, 4.9.02; ZXS, 18.9.02, nach BBC PF, 19.9.02) -kg-

6 Feiern mit Japan – nicht ohne Ermahnung

13.000 japanische Gäste nahmen am 22. September auf Einladung der chinesischen Regierung an der großen Feierstunde zum 30. Jahrestag der Normalisierung der zwischenstaatlichen japanisch-chinesischen Beziehungen in der Großen Halle des Volkes teil. In Stellungnahmen würdigten alle hochrangigen chinesischen Vertreter die Früchte, die die bilateralen Beziehungen seither für beide Staaten getragen haben.

Dies war auch der Tenor der Gespräche, die zwischen der japanischen Außenministerin Kawaguchi und ihren Gastgebern aus Staats- und Parteiführung während ihres Besuchs in China Anfang September stattfanden. Hier mischte sich allerdings auf chinesischer Seite wie so oft noch ein anderer Ton in die Stellungnahmen. So betonte der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan seiner Amtskollegin gegenüber, beide Seiten bedürften angesichts der

ähnlichen historischen Situation, in der sich beide Staaten hinsichtlich der inneren Reformen und der Entwicklung aber auch im Hinblick auf die Herausforderungen der im raschen Wandel befindlichen internationalen Situation befänden, einer weiter intensivierten Zusammenarbeit. Dennoch seien es nach wie vor historische Fragen, die sich negativ auf die bilateralen Beziehungen auswirken und auch das internationale Image Japans schädigen könnten, wenn sie nicht „korrekt behandelt“ werden. Auch Taiwan gehöre zu diesen potenziellen Störfaktoren im japanisch-chinesischen Verhältnis.

Kawaguchi sprach chinesischen Berichten zufolge Tang gegenüber ihre „volle Zustimmung“ zu dessen Analyse aus. Im Übrigen entspreche die Haltung Japans gegenüber seiner eigenen Geschichte nach wie vor uneingeschränkt dem, was der damalige japanische Ministerpräsident Murayama Tomiichi 1995 geäußert hatte. Auch die gegenwärtige japanische Regierung stehe darüber hinaus uneingeschränkt zu ihren Erklärungen in der Japanisch-chinesischen Gemeinsamen Erklärung, die die Grundlage der bilateralen Beziehungen darstelle. Kawaguchi regte einen intensivierten Dialog zwischen beiden Ländern an, um möglicherweise entstehende Probleme frühzeitig identifizieren und ebenso schnell auch ausräumen zu können.

Als politische Früchte ihrer Chinareise konnte Kawaguchi einen sechs Punkte umfassenden Konsens mit zurück nach Japan zu den Feiern zum dreißigjährigen Bestehen normaler politischer Beziehungen mit China mitnehmen. So versicherte man sich gegenseitig der Absicht, noch vor Jahresende einen Dialogmechanismus auf wirtschaftlichem Gebiet einzurichten und auch den bilateralen Mechanismus politischer Konsultationen wieder aufleben zu lassen. Im Oktober soll eine gemeinsame Umweltwoche durchgeführt werden, und zwischen 2004 und 2008 sollen jährlich 100 junge Japaner auf chinesische Einladung die Volksrepublik besuchen. Ohne die Nennung eines Zeit- oder Aktionsplans einigte man sich auf die Fortführung des Menschenrechtsdialogs zwischen beiden Staaten. Last but not least erklärte sich die japanische Seite auf chinesisches Drängen hin bereit, die

Suche und Sicherung nach von Japan im Zweiten Weltkrieg auf chinesischem Boden zurückgelassenen chemischen Kampfstoffen zu beschleunigen und auch baldmöglichst deren Entsorgung einzuleiten.

In einem Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Qian Qichen kam auch das zunehmend schwierige Thema der japanischen Entwicklungshilfe zur Sprache. Dem Vernehmen nach erklärte Kawaguchi, die japanische Regierung gerate innenpolitisch in dieser Frage zunehmend unter Druck. Die japanischen Wähler verlangten von China eine größere Transparenz in der Frage der chinesischen Rüstungsausgaben und der von China selbst an andere Staaten gewährten Hilfsleistungen. Insbesondere die von chinesischer Seite ausgeweitete Entwicklungshilfe für Staaten Südostasiens ist Tokio zunehmend ein Dorn im Auge, konkurrieren beide Länder hier doch um politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Qian erwiderte auf die japanischen Vorhaltungen lediglich, eine Verknüpfung von Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Militärausgaben und Entwicklungshilfeleistungen an Drittstaaten würde ausschließlich „unproduktive“ Debatten befördern.

Die nächsten Raten der Entwicklungshilfe des größten Geberlandes für China sind allerdings gesichert. Ebenfalls Anfang September wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem MOFTEC und dem japanischen Botschafter unterzeichnet. Insgesamt 19 Mrd. US\$ werden für vier Projekte zur Verfügung stehen. In Changchun sollen die bereits begonnenen wasserbaulichen Arbeiten zu Gunsten der Wasserversorgung der nordchinesischen Stadt fortgesetzt werden. Dasselbe gilt für die bereits im Jahr 2000 begonnenen Baumpflanzungen im Einzugsgebiet des Huang He in Ningxia. Darüber hinaus sollen Medikamente und medizinische Ausrüstung auf den Weg in Bergregionen Zentralchinas gebracht werden, um dort die Tuberkulose innerhalb der armen Bevölkerung zu bekämpfen. Und nicht zuletzt soll ein gemeinsames Projekt zur Entwicklung von Humankapital ins Leben gerufen werden, in dessen Rahmen noch dieses Jahr zunächst 40 Chinesen nach Japan entsandt werden sollen, um dort an Fortbildungsmaß-

nahmen in der Verwaltung teilzunehmen. (XNA, 7.9., 10.9.02; Kyodo News Service, 9.9.02, nach BBC PF, 10.9.02; ST, 11.9.02; Xinhua, 8.9.02, nach BBC PF, 9.9.02; Xinhua, 8.9.02, nach BBC PF, 10.9.02; ZXS, 22.9.02, nach BBC PF, 23.9.02) -kg-

7 Australien – bilaterale Beziehungen ohne Politik?

Li Peng, der Präsident des Nationalen Volkskongresses, bereiste Mitte September erstmalig in dieser Funktion eine Woche lang Australien; zuvor war er als chinesischer Präsident dort gewesen. Die Erinnerung an Lis Rolle bei der Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung 1989 in der letztgenannten Funktion ist auch heute noch zumindest in Teilen der politischen Öffentlichkeit Australiens wach. So musste sich der australische Senat im Vorfeld des Besuchs mit zwei Entschließungsanträgen befassen, die einen offiziellen Protest gegen Li Peng auf einem zu seinen Ehren gegebenen Empfang wünschten. Der unabhängige Senator Harradine hatte die Verurteilung der undemokratischen Zustände in China beantragt und der grüne Senator Brown wollte auch einen offiziellen Empfang des „Schlächters vom Tian'anmen Platz“ verhindern. Sowohl Regierung als auch Opposition sprachen sich allerdings gegen beide Anträge aus, die letztlich als extreme Positionen nicht mehrheitsfähig waren.

Auffällig war während des gesamten Besuches Li Pengs die Abwesenheit von Politik in allen offiziellen Stellungnahmen sowohl der Gastgeber, darunter Premierminister Howard, der Sprecher des Repräsentantenhauses Andrew, Senatspräsident Calvert sowie weitere hochrangige Politiker, als auch des Gastes. Im Gespräch mit Howard betonte Li Peng ausschließlich die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf den Gebieten der wirtschaftlichen Kooperation und des Handels. Auch von Howard war nichts zu den politischen Differenzen zwischen beiden Ländern zu vernehmen. Lediglich die Vielzahl der Kontakte in den Bereichen Kultur und Ausbildung sowie zwischen den Menschen beider Länder wurden von dem australischen Regierungschef hervorgehoben.

In den Gesprächen mit den eigentlichen Gastgeber Li Pengs, den Präsidenten von Senat und Repräsentantenhaus, hoben beide Seiten den positiven Beitrag hervor, den der fruchtbare Austausch zwischen den Parlamenten beider Länder, zwischen verschiedenen Fachausschüssen und auch zwischen den Freundschaftsgesellschaften für die bilateralen politischen Beziehungen beider Länder leisteten. Im Hinblick auf mögliche Felder für eine Intensivierung der Beziehungen benannten beide Gastgeber die Kooperation auf dem Tourismussektor. In diesen Kanon stimmte auf einer weiteren Etappe von Li Pengs Reise auch der Premier des australischen Staates Queensland, Beattie, ein. Auf die Proteste von Menschenrechts- und Tibetgruppen anlässlich des Besuchs des chinesischen Parlamentspräsidenten angesprochen, betonte Beattie in diesem Zusammenhang, dies sei ein Thema für die australische Bundesregierung, er sei für Queensland an Geschäften interessiert. Hier richtet sich das Interesse allgemein auf chinesische Touristen, nachdem Australien bereits seit einiger Zeit von chinesischer Seite der Status einer anerkannten Touristendestination (ADS) zugestanden wird.

Der einzige Hinweis auf bestehende politische Differenzen zwischen beiden Staaten war einer Stellungnahme Li Pengs zu entnehmen, der gegenüber dem australischen Premierminister betonte, beide Staaten könnten friedlich miteinander leben, sofern beide auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen verzichteten. Ansonsten widmete man sich weiter dem weniger kontroversen Handel, der sich 2001 auf ein Volumen von ca. 9 Mrd. US\$ belief. China ist damit zum Handelspartner Nr. 3 für Australien aufgestiegen. Aus chinesischer Perspektive liegt Australien als Handelspartner auf Rang 9. Ein bereits im August abgeschlossener Vertrag über die Lieferung von jährlich 3 Mio. metrische Tonnen Erdgas an die südchinesische Provinz Guangdong mit einer Laufzeit von 25 Jahren fügt dem bilateralen Handel zwischen beiden Staaten nun eine neue Dimension hinzu. Australien wird so zum langfristigen Energielieferanten für China. (Xinhua, 15.9.02, nach BBC PF,

16.9.02; Xinhua, 16.9.02, nach BBC PF, 17.9.02; Xinhua, 16.9.02, nach BBC PF, 18.9.02; Radio Australia, 16.9.02, nach BBC PF, 17.9.02; Radio Australia, 17.9.02, nach BBC PF, 18.9.02; Radio Australia, 20.9.02, nach BBC PF, 21.9.02; XNA, 19.9.02) -kg-

Innenpolitik

8 Wahlen der Delegierten zum 16. Parteitag abgeschlossen

Die Wahlen der Delegierten zum bevorstehenden 16. Parteitag der KPCh, die sich über die vergangenen acht Monate erstreckt hatten, sind Anfang September beendet worden. Insgesamt wurden 2.120 Delegierte bestimmt, die aus 38 administrativen Einheiten hervorgingen, darunter die 31 Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städte sowie weitere sieben Einheiten des ZK der KPCh, des Staatsrats und der Volksbefreiungsarmee. Von den landesweit in zwischen 66,4 Millionen KPCh-Mitgliedern sollen 93% in die Wahlen einbezogen worden sein.

Die 2.120 Delegierten werden während des am 8. November beginnenden Parteitags über die Zusammensetzung der höchsten Parteigremien bestimmen. Unter den Delegierten sind nur noch 2,5% „Veteranen“, die der Partei bereits vor 1949 beigetreten sind – eine Zahl, die deutlich macht, in welchem geringem Grad die Erlebnisse etwa des „Langen Marsches“ und anderer revolutionärer Erfahrungen heute noch vertreten sind. Knapp 32% der Delegierten sind der KPCh erst nach dem offiziellen Beginn der Wirtschaftsreformen im Dezember 1978 beigetreten. 63% der Delegierten werden mit „55 Jahre alt oder jünger“ angegeben, eine Information, die darauf hindeutet, dass nicht nur unter hochrangigen Politikern, sondern auch unter anderen Funktionsträgern der Partei ein Alter unter 55 Jahren als „jung“ gilt. 88% sind in der Vergangenheit als „Modell-Parteimitglieder“ ausgezeichnet worden, und mehr als 75% sind als Führungskader auf den verschiedenen Verwaltungsebenen tätig.

Den Angaben zu Folge verfügen fast 92% der Delegierten über einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Frauen liegt bei 18% und der von Angehörigen ethnischer Minderheiten bei knapp 11%. In diesen Indikatoren der „Fortschrittlichkeit“ liegen die 2.120 Delegierten damit wesentlich weiter vorn als der Durchschnitt der über 66 Millionen Parteimitglieder: Hier beträgt die Quote der Personen mit Hochschulabschluss 23%, die weiblicher Mitglieder 17,5% und die von Vertretern ethnischer Minderheiten 6% (vgl. C.a., 2002/8, Ü 13).

Offizielle Darstellungen betonten, dass es sich bei den Wahlen um Konkurrenzwahlen mit mehr Kandidaten als zu wählenden Delegierten handelte. Den lokalen Parteikongressen war empfohlen worden, sich bei der Wahl des neuen Parteikomitees am Modell „innerparteilicher Demokratie“ der Vorreiter-Provinz Guangdong zu orientieren, wo über die Besetzung höherrangiger Ämter und Funktionen in geheimen Wahlen entschieden wurden (vgl. C.a., 2002/5, Ü 7). (CND, 8.9.02; XNA, 9.9.02; ST, 9.9.02) -hol-

9 Geordneter Führungswechsel? – Neue Publikation chinesischer Geheimdokumente in den USA

Für den November ist in den USA die Publikation eines chinesischsprachigen Buches mit dem Titel *Disidai* (*Die Vierte Führungsgeneration*, Verlag Mirror Books) angekündigt worden. Die Informationen sollen auf internen Berichten der Organisationsabteilung des ZK der KPCh und anderen geheimen Dokumenten aus der Volksrepublik basieren. Entgegen jüngster Spekulationen wird davon ausgegangen, dass Jiang Zemin ab dem 16. Parteitag im November dieses Jahres alle seine Ämter abgeben und sich der Generationswechsel an der politischen Führungsspitze Chinas in geordneter Art und Weise vollziehen wird.

Bei dem Autor des angekündigten Buches, der mit dem Pseudonym Zong Hairen bezeichnet wird, soll es sich um einen seit längeren Jahren in den USA lebenden Chinesen handeln, der bereits in der Vergangenheit als Informant mit Kontakt zu hochrangigen Beijinger Partei- und Regierungszir-